

# Volkszeitung für die Provinz Sachsen

№. 110.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 1905.

Zweite Ausgabe

Geschäftsstelle in Halle a/S., Leipzigerstr. 27.  
Telephon Nr. 155.

Donnerstag, 6. März 1902.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 2.  
Telephon-Nr. 11494.

## Prinz Heinrich in Amerika.

Ueber den Aufenthalt des Prinzen in Milwaukee am 4. März wird von dem offiziellen Berichterstatter noch Folgendes gemeldet:  
Im Garten des Prinzen Heinrich hatte die Stadt Festung angelegt. Der Prinz, welcher um 1 Uhr Nachmittag eingetroffen war, hat die Reise nach dem Osten um 10 Uhr wieder angetreten. Während seines sechsständigen Aufenthaltes unternahm der Prinz eine Rundfahrt, und zwar zuerst nach dem Geschäftsviertel. Auf den Straßen war eine ungeheure Menge angekomme. Admiral Evans und Bürgermeister Rose nahen mit ihm im Wagen des Prinzen, der von einer Polizei- und Kavallerie-Garde umgeben war. In der Nähe des Bahnhofs grüßten tausend deutsche Kriegsveteranen, die aus vielen Städten Südwestens herbeigekommen, dem Prinzen. Unter Geschießlaut und feierlichem Trommelschlag trat der Prinz im überfüllten Festungsbau ein, wo er mit dem „Deutschen Lied“ begrüßt wurde. Hierzu hielt der Bürgermeister von Milwaukee die Begrüßungssprache, in welcher er darauf hinwies, daß die Bevölkerung Milwaukee größtenteils aus Deutschen besteht und den Einfluß hervorhob, welchen das belohnte deutsche Element hier gegenüber dem unglücklichen Yankee habe, und den Prinzen aus herzlichster Willkommen ließ. Im Namen der deutschen Bevölkerung sprach der frühere Kongreßabgeordnete Deuser, folgte die Heimatsgedächtnisse seien unauflöslich und sagte: „Wenn Eure königliche Hoheit zurückgekehrt sein werden, möge das tieure alte Vaterland Ihre Jugend hören, daß wir immer vergessen können, was Eueres wir sind.“ Im Namen der vierzig zum deutschen Veteranenbund von Wisconsin zusammengeschlossenen Vereine sprach Kapitän Court, der die Zwecke und Ziele des Veteranenbundes erläuterte und mit der Versicherung schloß: „Wir theilen Ihnen den Wunsch des Kaisers nach Frieden und Gerechtigkeit zwischen Deutschland und Amerika.“ Am diebeiden sollten sich neue Gedenktage abhalten. Als der Prinz sich erhob, erschallten lautende Gattungslieder.

Vom dem Festungsbau wurde der Prinz durch die prächtig illuminierte Stadt nach dem Hotel Witter, wo ein glänzendes Bankett stattfand. In der Mitte des reich geschmückten Saales schied ein aus Blumen gebildetes Bogenband. Nach dem Bankett nahen die Präsidenten und Kaiser Wilhelm und nach dem Toast auf den Prinzen erwiderte dieser, es sei für ihn ein Vergnügen, seinen Dank für den ihm in Milwaukee bereiteten herrlichen Empfang auszusprechen. Besonders erwähnte er die Freundschaft der Stadt, die er auch gebührt, ihre Entschiedenheit zum größten Teil den deutschen Element der Bevölkerung verdanke. Er betrachtete dieses Element als eines der stärksten Bande zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten. Der Prinz schloß mit einem Toast auf das Wohl und das weitere Gedeihen der schönen Stadt Milwaukee. Alsdann überreichte der Bürgermeister von Milwaukee dem Prinzen ein prächtiges Geschenk zum größten Teil dem deutschen Element der Bevölkerung. Der Prinz schloß mit einem Toast auf das Wohl und das weitere Gedeihen der schönen Stadt Milwaukee. Alsdann überreichte der Bürgermeister von Milwaukee dem Prinzen ein prächtiges Geschenk zum größten Teil dem deutschen Element der Bevölkerung. Der Prinz schloß mit einem Toast auf das Wohl und das weitere Gedeihen der schönen Stadt Milwaukee.

Zu dem am 10. März im Deutschen Theater zu New-York stattfindenden Galavorstellung hat Prinz Heinrich nachträglich sein Erscheinen in Aussicht gestellt.  
Die Zahl der Besucher der „Hohenzollern“ wird bis jetzt auf 15 000 geschätzt. Jeder wurde von Leuten, die auf irgend ein Abenteuer erpicht waren, mancherlind umringt. Das Konzert der deutschen Kapelle in Carnegie Hall hatte großen Erfolg, das Publikum war begeistert.

Prinz Heinrich überbringt Kaiser Wilhelm als Geschenk des Präsidenten Roosevelt ein mit einem Kostenaufwand von 2000 Doll. in Sonderdruck hergestelltes Exemplar des vom Präsidenten Roosevelt verfaßten Buches „Die Jagd auf Großwild“.

Die Beamten der Central-Vereinigung in Buffalo erklären, die Reise des Prinzen Heinrich über durch den Staat New-York würde in seiner Weise durch das Hochwasser beeinträchtigt werden.

Ueber die Reise des Prinzen Heinrich nach den Niagarafällen liegen nach folgende Depeschen vor:  
Cleveland, 5. März. Prinz Heinrich ist heute Vormittag kurz nach 9 Uhr eingetroffen. Tausende waren am Bahnhof versammelt, als der Zug eintraf. Der Major erhielt die Erlaubnis, den Wagen des Prinzen zu betreten, um ihm den Willkommengruß zu entbieten. Der Prinz lehnte es ab, zur Range zu sprechen, weil sein Hals etwas angegriffen sei.  
Akron, 5. März. Prinz Heinrich ist Vormittag 10 Uhr 35 Minuten hier eingetroffen und feierte nach kurzem Aufenthalt die Reise fort.

Cleveland, 5. März. Der Zug mit dem Prinzen Heinrich ist heute Nachmittag 1 1/2 Uhr hier eingetroffen. 5000 Menschen warteten sich am Bahnhofe auf und bereiteten dem Prinzen stürmische Huldigungen.  
Buffalo, 5. März. Prinz Heinrich ist Nachmittag 2 1/2 Uhr hier eingetroffen und am Bahnhof von dem Mayor begrüßt worden. Eine zahlreiche Menge hatte sich am Bahnhof und in der Umgebung des Prinzen auf den Weg gemacht. Nach einem vierstündigen Aufenthalt trat der Prinz nach den Niagarafällen auf.

Niagarafälle, 5. März. Prinz Heinrich ist Nachmittag 3 1/2 Uhr hier eingetroffen und sofort zur Besichtigung der Fälle aufgebrochen.

## Deutsches Reich.

Halle a. S., 6. März.

\* Kaiser, Kanzler und Zolltarif. Die „Süddeutsche Reichs-Zeitung“ die hin und wieder offiziell zu sein scheint,

mindestens sich einen offiziellen Antrich zu geben pflegt, tritt angeblichen Behauptungen in der Presse entgegen, wonach die Forderungen des Reichswarfs vom Kaiser im Sinne einer gebundenen Marschroute für den Reichskanzler und den Bundesrat „vorgesehen“ sein sollen. Hierzu schreibt zutreffend die „Dtsch. Tagesztg.“:

Wir haben diese Behauptung in der Presse nicht gefunden, geben aber zu, daß ähnliche Gerüchte uns zu Oren gekommen sind und auch allgemein bekannt wurden. „Le gentime“, „Südd. Korr.“ bringt demgegenüber, der Kaiser habe den Reichskanzler für den gemeinsamen mit den Bundesregierungen aufzuführenden Entwurf freier Hand gelassen. Selbstverständlich sind wir nicht in der Lage, die Richtigkeit dieser Meldung zu kontrollieren. Wer aber die in Betracht kommenden Verhältnisse durchsichtlos erwägt, wird kaum annehmen können, daß in einer so wichtigen Frage der Kaiser auf die eigene Entscheidung und auf die Rechte beschränkt werden sollte. Andererseits würde man auch auf diesem Gebiete auf daran thun, die Person und die Willensmeinung des Trägers der Krone aus dem Spiele zu lassen. Verfassungsmäßig haben wir es lediglich mit dem Bundesrat und mit dem eigüstig verantwortlichen Träger der Reichspolitik, dem Reichskanzler, zu thun. Jedes Abweichen von dieser verfassungsmäßigen Maßlinie erscheint den politischen Kampf und führt ihn auf ein Gebiet, woher er nicht gehört. Die „Südd. Reichs-Zeitung“ hätte deswegen vielleicht zurechtwärtig gehandelt, wenn das Demut, das in dem Sparten herbeigezogen zu sein scheint, unterlassen hätte.

Die genannte süddeutsche Korr. fügt ihrer Mitteilung übrigens noch hinzu, Graf Willow habe die agrarischen Führer vor der Abgabe der Erklärung des Grafen von Poladomsky vertraulich davon verständigt, daß ein Nachgeben der Regierung unmöglich sei. Hierzu bemerkt das Organ des Bundesfolgenden:

Diese Mitteilung kommt und vollkommen überraschend. Auch wir haben vernommen, daß Graf Willow mit einigen führenden Abgeordneten der Reichstagspartei vor der Poladomsky'schen Erklärung Rücksprache genommen hat; die Abgegebenen werden aber, daß die Einbindung gewonnen haben, den die Südd. Reichs-Zeitung anzeigt, sondern der Einbund soll vielmehr darauf bestehen, daß sie durch die unbedingte und für alle Stadien geltende Erklärung des Grafen von Poladomsky überführt werden sind. Wir haben das früher abentwungene weise gelagt, glauben es aber angeht der Verantwortlichkeit der genannten Korrespondenz wiederholen zu sollen, um Verbindungen des Sachverhalts vorzulegen.

\* Seine Zurückweisung der Zolltarif-Vorlage. Dem „M. Wiener Tagbl.“ zufolge soll die deutsche Regierung eine Zurückweisung der Zolltarif-Vorlage erwägen, um einen neuen, gefährlicher Entwurf vorzulegen. Diese Meldung hat genau denselben Werth, wie jene Wiener Entse vom bevorstehenden Mätktritt des Reichskanzlers, die färslich aufflatterte.

\* Zur Zolltarifvorlage hat die Regierung des Großherzogthums Sachsen-Weimar in einer offiziellen Erklärung öffentlich Stellung genommen. Ihr Organ, die „Weim. Ztg.“, betont, daß die in der Vorlage an den Reichstag eingehaltene Mittelreihe nach den agrarischen Wünschen gegenüber das künftliche Erwerbsverhältnis, und daß das Bestehen auf weitgehender Förderung der Landwirtschaft nicht den größten Schaden bringen würde.“ — In der ersten Landkammer des Königreichs Sachsen hat ferner Staatsminister von Meißel die Erklärung abgegeben, die sächsische Regierung habe ihren Vertreter im Bundesrat angezweifelt, gegen den von der Zolltarif-Kommission angenommenen Antrag Rücksicht zu nehmen, sondern den Zolltarif des Gemeindefürsorge die Erhebung von Abgaben auf Nahrungsmitel verboten sein solle, aus Entschiedenheit aufzutreten und in absehender Haltung zu verharren. — Schließlich der Reichsfinanzreform drückte der Minister bei dieser Gelegenheit die Überzeugung aus, daß an leitender Stelle im Reich der feste Wille bestände, die neue und sichereren der Einheitszölle voll anzuerkennen, und sich ein Nodus finden werde, deren wirtschaftliche Selbstständigkeit zu wahren.

\* Der Senatorenkonvent des Reichstages war am Mittwoch Mittag zu einer Besprechung über die Geschäftslage zusammengetreten. Es wurde in Aussicht genommen, in dieser Woche die zweite Lesung des Etats zu beenden und dann am kommenden Montag in die dritte Lesung einzutreten; eingeschoben soll nur werden: die Beratung des Entwurfs über den Schutz des Genfer Neutralitäts-Zeichens, auf dessen baldige Erledigung Werth gelegt wird. Nach Schluß der Eintragsberatung sollen die Ferien beginnen, die bis zum 15. April dauern werden. Von der Regierung wurde die Bundeversammlung, daß die Zolltarif-Kommission noch eine Woche vor Ablauf der Ferien ihre Arbeit wieder aufnehmen möge. Von anderer Seite wurden gegen eine derartige forcierte Arbeit Bedenken erhoben, doch war man der Auffassung, daß die Entscheidung hierüber überhaupt nicht dem Senatorenkonvent über dem Reichstage, sondern nur der Kommission selbst zustehe.

\* Die Zolltarif-Kommission feierte am gestrigen Mittwoch die Beratung des Tarifs bei Position 10 (Weis unpolirt 4 M. für den D. G. in Verbindung mit Position 101 (Weis polirt 6 M.). fort. Nach kürzerer Debatte wurde ein Schlußantrag angenommen. Nach einer nun folgenden Geschäftsänderungsdebatte wird Pos. 10 (Weis unpolirt 4 M.) in der Regierungsvorstellung genehmigt. Bei Pos. 101 (Weis, polirt 6 M.) fällt die Regierungsvorlage, und werden nach dem Antrag Müller-Hellbach, Göbel und Dr. Heine 4 M. mit 12 gegen 11 Stimmen genehmigt. Nach dem Annehmen der 101 findet ein Antrags-Vertrag über die Bestimmung der Stärke unter Überwindung der Beratung. In Pos. 15 (Leinwand, Hanfsack) und 075 M. als Zoll aufgeführt. Antrid und Größten beantragte die Zollfreiheit, ebensio Gothen, Arch. von

Wangenheim dagegen 2 M. Als Binde referierte über die Resolutionen aus dem Pos. 15, 16 (Wollwollenen) und 17 (Anbere nicht beider genannte Stoffarten und Zellstoffe). In Pos. 15 wurde die Regierungsvorstellung genehmigt, ebenso in Pos. 16. Nach einigen Bemerkungen in Betreff der Geschäftsänderung verlagte sich die Kommission bis Donnerstag, 6. März.

Die Substitutionskommission des Reichstages hielt am gestrigen Mittwoch ihren fünften Sitzungstag vor den Herren ab. Sie beschäftigte sich mit der allgemeinen Finanzierung des Etats. Vom Referenten Abg. Sped (Cent.) waren zwei Anträge gestellt. Der erste bezog sich auf die Finanzierung der Expedition nach Ostasien. Als Einmütigkeit feierte die erste Lesung der Entschiedenheit von China in Höhe von 10 998 000 Mark aufzuführen, außerdem Verkaufsscheine von Wertstücken 10 000 Mark und als erste Tilgungssätze der Entschiedenheit von China 516 824 Mark. Aus noch offenstehenden Krediten der Jahre 1900 und 1901, die für die Expedition nach Ostasien bewilligt, aber nicht verwendet sind, sind 32 735 000 Mark vorhanden. Die Kommission stimmte dem Antrag des Referenten einstimmig zu, die Expedition nach Ostasien in Höhe von 10 998 000 Mark als Einmütigkeit, die Summe von 506 824 Mark und 32 735 000 Mark als außerordentliche Deckungsmittel in den Etat einzuführen. Zweitens beantragte der Referent, die im Etat vorgelegene Zahlungsanleihe von 35 000 000 Mark zu beschließen. Der Antrag auf Entscheidung wurde nach längerer Diskussion von der Kommission einstimmig angenommen. Es wurde demnach die Vorbereitung des Reichshaushaltsplans von der Bundesregierung erledigt.

\* Der Kaiser und die Kaiserin machten Mittwoch Morgen den gewöhnlichen Spaziergang im Tiergarten. Der Kaiser konferte hierauf mit dem Reichskanzler Grafen v. Willow, empfing im kaiserlichen Schloß den Leutnant Werner vom 2. Bataillon Gardebataillon Nr. 115 der Infanterie des Kaiserlichen Leibregiments v. Wehl und des Chefs des Zivilbureaus Dr. v. Lönauis.

\* Am Besuch des Kaisers in der Meinerpauerstraße erliefte die „Roh“ von gut unterrichteter Seite Folgendes: Der Kaiser trifft am 13. Juni in Bonn ein, verweilt dort zwei Tage und begibt sich alsdann nach Düsseldorf zur Besichtigung der Ausstellung. Von hier wird sich der Kaiser nach Karlsruhe begeben, wo er am 20. März abgehen und in Bonn wieder landen, worauf neuer Empfang stattfinden. Während der Meinerpauerstraße Düsseldorf-Gomberg wird der Kaiser die Parade über eine stattliche Rhein-Flotte abnehmen, die am beiden Ufern des Rheins vor Anker liegt. Auch bei dem Donner Besuch ist eine Anwartschaft vorgesehen. Von Moskau bezieht sich der Kaiser nach Karlsruhe. Der Kaiser die in Begleitung der Kaiserin kommen, da letztere den Wunsch ausgesprochen hat, den Niederreinen kennen zu lernen.

\* Der Kronprinz: hat am Mittwoch von Bonn aus programmäßig die von uns mehrfach erwähnte Studienreise angetreten. In seinem aus sieben Personen bestehenden Gefolge befinden sich u. A. die beiden militärischen Begleiter, Oberst und Flügeladjutant u. P. Reichel und Oberleutnant u. Sillpnapel, ferner der Professor der Kunstgeschichte Dr. Paul Clemen sowie der Leibarzt Stabsarzt Dr. Wiemann. Die Reise wird, wie wir bereits angedeutet, die Reichsländer und die süddeutschen Staaten umfassen. Zunächst bezieht sich der Kronprinz nach Wien und von dort nach Triest und Venedig. Am 27. März wird sich der Kronprinz nach Pola am Meer begeben, um im Kreise der kaiserlichen Familie das Osterfest zu erleben. In Bonn wird der Kronprinz erst mit Beginn des Sommersemesters wieder eintreffen. — Am Mittwoch (5. März), Nachmittags 3 Uhr 24 Min. traf der Kronprinz in Weß ein. Ein offizieller Empfang fand nicht statt, doch waren der Bezirkspräsident Graf von Zepelin-Hildburghausen, der kommandierende General, General-Oberst Graf von Jäkel, der Gouverneur Generalallant Säger und der Polizeidirektor Raumbach zur Begrüßung erschienen. Der Prinz fuhr in Begleitung des Bezirkspräsidenten, von der zahlreichen Menge jubelnd begrüßt, nach dem Bezirkspräsidium, wo er abblieb und Abends das Diner einnimmt.

Am gestrigen Mittwoch hat eine gemeinschaftliche Sitzung des Senatspräsidenten des Reichstages mit dem Generalstaatssekretär v. Borst aus stattgefunden. Vorher war der letztere unter dem Vorsitz des D. Grafen v. Zieten-Edelporen zu einer Beratung zusammengetreten.

\* Ueber die Frage, wer als Nachfolger des Ministerialdirektors Dr. K. G. in der Leitung der Reichsdruckerei absteht im Reichsministerium in Aussicht genommen sei, werden in der Presse allerlei Gerüchte verbreitet. Die „Germania“ deutet auf den Regierungspräsidenten Hegel in Gumbinnen hin. Die „Nat.-Ztg.“ nimmt aufsteigend daselbst eine. Wie demgegenüber indes verschiedene Blätter annehmen, hat diese Kombination — bisher wenigstens — wenig Wahrscheinlichkeit.

\* Telephonische Anzeigerübertragung. In dieser Frage hat der Reichsminister an den Polizeipräsidenten folgenden Erlass gerichtet:

„In Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Berichtes vom 2. September vorigen Jahres, nach dem es für unangebracht ist, daß die Anzeigerübertragung durch Fernsprecher weitere Ausbreitung findet, weil dabei Unvollständigkeiten nicht ausgeschlossen sind. Stattdessen Anzeigemitteilungen dürfen nach § 1 der Reichsdruckerei-Gesetzgebung die Abgabe solcher Anzeigemitteilungen vom 22. Juni 1900 abgeändert werden, daß die Abgabe mit Datum und Unterschrift versehenen Anzeigemitteilungen nicht abgegeben werden. Vor dem Lebensgefahr durch Übertragung mittels Fernsprechers abgewandt werden kann, ist der Gebrauch des Fernsprechers als unzulässig zu erachten.“





